

Interview
26. März 2022

Sven Franck im Gespräch mit Christoph Heinemann

Christoph Heinemann: Zwei Wochen noch, dann wählt unser großes westliches Nachbarland das Staatsoberhaupt für die kommenden fünf Jahre. Der erste Wahlgang findet in Frankreich am 10. April statt, zwei Wochen später die entscheidende Stichwahl. Behalten die Meinungsforschungsinstitute recht, dann wird am 24. April Präsident Emmanuel Macron auf Marine Le Pen treffen, die Chefin des Rassemblement National – wie schon 2017. Hier enden allerdings die Gemeinsamkeiten, denn Frankreich wählt, während in Europa Krieg geführt wird, einerseits, und andererseits galt mehrere Monate lang ein zweiter Bewerber aus dem rechtsextremen Lager als aussichtsreich. Der Publizist Éric Zemmour ist in den landesweiten Umfragen inzwischen allerdings auf AfD-Niveau zurückgefallen, also knapp zweistellig. Eine jüngste Umfrage der Zeitung „Les Échos“ besagt, Macron etwa 30 Prozent, Le Pen ungefähr 20, deutlich vor dem Drittplatzierten Jean-Luc Mélenchon von der Linken mit 14 Prozent. Sorge bereitet die Wahlbeteiligung, die könnte Umfragen zufolge sehr niedrig ausfallen, und das könnte der Kandidatin der konservativen Valérie Pécresse zugutekommen, denn deren zumeist ältere Unterstützer nutzen in der Regel ihr Wahlrecht. Über die Präsidentschaftswahlen möchten wir sprechen: Sven Franck stammt aus Regensburg, lebt seit mehr als zehn Jahren in Frankreich und arbeitet dort für ein IT-Unternehmen und ist außerdem der Co-Vorsitzende der paneuropäischen Partei Volt in Frankreich. Guten Morgen!

Sven Franck: Schönen guten Morgen!

Heinemann: Herr Franck, wie hat Putins Krieg den Wahlkampf verändert?

Franck: Ich würde sagen, er hat die Planungen der meisten Kandidaten komplett über den Haufen geworfen. – Sie hatten ja schon einige Namen erwähnt. Marine Le Pen zum Beispiel oder Jean-Luc Mélenchon sind sehr pro Putin über viele Jahre gewesen, und die mussten dann in kürzester Zeit eine 180-Grad-Wende argumentativ hinlegen, und es ist auch nicht so gut gelungen, was man in den Umfragen sieht, wo Macron nach Beginn des Krieges zehn Punkte gewonnen hat und die Links- bzw. Rechtsextremen doch zurückgefallen sind. Das bedeutet auch, dass viele Themen im Wahlkampf an Bedeutung verlieren, seien es die alternativen Energien für die Grünen – da redet heute kaum noch einer drüber, es geht vielmehr um die Energiepreise – oder auch bei den Rechtsextremen das Thema Migration, dem man sich immer komplett verwehrt hat, da kann man jetzt angesichts der Flüchtlingskrise in der Ukraine auch nicht mehr wirklich „Nein“ sagen. Für uns ist es eher eine Chance, wo man sagt, jetzt könnten vielleicht Deutschland, Frankreich und vielleicht sogar Italien einen Schritt auf Polen und Ungarn und die osteuropäischen Mitgliedsländer zugehen, um zu sagen, wir helfen bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise und wir gehen das Thema Migration auf EU-Ebene an.

Heinemann: Apropos: Welche Rolle spielt das Thema Europa im Wahlkampf?

Franck: Man muss ein Vorher und ein Nachher unterscheiden. Vorher war es ähnlich wie im Bundestagswahlkampf, da hat Europa keine wirkliche Rolle gespielt. Selbst mit der aktuellen EU-Ratspräsidentschaft von Frankreich war das Thema nicht präsent in den Medien. Jetzt ist es natürlich komplett anders. Es ist ein Bewusstsein da, dass Europa wichtig ist, aber persönlich warte ich immer noch darauf, dass da auch konkrete Schritte oder Vorschläge in den Wahlprogrammen folgen. Wenn man zum Beispiel sieht, in Dänemark hat die Regierung, jetzt nicht im Wahlkampf, aber sie haben bereits ein Referendum über die sogenannten Opt-outs angekündigt, um das dänische Verteidigungswesen näher an den europäischen Standard zu bringen, und solche Schritte oder solche Vorschläge habe ich bisher im französischen Wahlkampf noch nicht gesehen, wo man wirklich auch ein mehr Europa bringt.

Heinemann: Herr Franck, zusammen rund 45 Prozent für Le Pen, Zemmour und Mélenchon – wie ist zu erklären, dass eine Kandidatin und ein Kandidat aus dem rechtsnationalistischen Lager und ein Linksnationalist in den Umfragen so gut abschneiden?

Franck: Ich denke, es ist wie – nehmen wir Salvini in Italien oder die AfD in Deutschland oder den Populismus allgemein: Ich denke, überall da, wo es Themen gibt, die auf nationaler Ebene eine hohe Relevanz haben, aber eine Lösung auf europäischer Ebene benötigen, da gibt es einen Nährboden, um solche Themen zu nutzen.

Heinemann: Nun gibt es aber doch einen Unterschied zwischen den 10 Prozent für die AfD und 45 für die drei Genannten.

Franck: Sagen wir so: Nehmen wir die rechte Seite, Migration ist in Frankreich ein Thema und Sicherheitspolitik fällt viel mehr an, und da schlägt die extreme Rechte einfache Lösungen vor, die aber letztendlich einen Austritt aus Europa bedeuten. Und je einfachere Lösungen man vorschlägt, umso verträglicher ist das für Teile der Bevölkerung. Dasselbe ist auf der linken Seite, wo es um Staatsinvestitionen und die europäischen Budgetrichtlinien geht. Da wird dann auch vorgeschlagen, man investiert, man erhöht das Grundeinkommen, den Mindestlohn, und man ändert dann eben die europäischen Verträge. Das wird dann im Nebensatz noch erwähnt, aber im Endeffekt sind es einfache Antworten auf komplizierte Fragen, die auf nationaler Ebene nicht beantwortet werden können und die in der Konsequenz auch Auswirkungen auf die EU-Mitgliedschaft haben.

Heinemann: Nach der Wahl ist vor der Wahl, auf die Kür des Staatsoberhauptes folgt die Abstimmung über die Nationalversammlung, wiederum in zwei Wahlgängen, voraussichtlich dann am 12. und 19. Juni. Hat sich dieser Abstimmungsmarathon – vier Wahlen in drei Monaten – bewährt?

Franck: Ich würde sagen ja und nein – einerseits, weil das System, also die fünfte Republik, die 1958 geschaffen wurde, das Ziel hat, dem Präsidenten eine klare Mehrheit zu verschaffen. Und es funktioniert auch, weil, sagen wir überspitzt, nach der Präsidentschaftswahl gehen die Wähler der unterlegenen Kandidaten meist nicht mehr zur Nationalversammlungswahl, und so hat ein Präsident immer eine klare Mehrheit. Der Nachteil ist aber, es ist keine repräsentative Nationalversammlung. Sie hatten eingangs von 2017 gesprochen, da hatte Macron in der ersten Runde 24 Prozent, aber später in der Nationalversammlung 351 von 577 Plätzen, also über 60 Prozent. Und Marine Le Pen hatte 21 Prozent in der ersten Runde in der Präsidentschaftswahl, am Schluss aber nur acht Abgeordnete. Das heißt, ein Großteil der Bevölkerung fühlt sich und ist auch technisch nicht vertreten im Nationalparlament, und dadurch nährt sich auch ein Desinteresse an der Politik, vielleicht auch ein Trotz, um, wie bei der letzten Frage, den Rechtsextremen mehr Stimmen zu geben, weil man sich eben nicht mehr vertreten fühlt im politischen System – und die Frage für uns ist, ob so ein System nach über 60 Jahren noch zeitgemäß ist.

Heinemann: Stichwort „nicht mehr vertreten fühlen“: Ein Bestseller mit dem Titel „Der Verräter und das Nichts“ („Le Traître et le Néant“) hat Macron zuletzt als prinzipienlosen und rücksichtslosen Karrieristen beschrieben. Was schätzen die Menschen in Frankreich an diesem Präsidenten?

Franck: Mir fallen einige Punkte ein: Zum einen ist ein Satz, den Macron oft verwendet, ist „ni droite, ni gauche“, also ich bin weder links noch rechts. Wenn man Umfragen folgt – es gab zum Beispiel die Umfrage unter der jungen Bevölkerung zur politischen Orientierung –, da haben 43 Prozent der Bevölkerung gesagt, dass sie sich eben nicht zu einem spezifischen Lager hingezogen fühlen. Von daher ist so eine Position auch etwas, mit der sich ein Teil der Bevölkerung identifizieren kann. Ein anderer Grund ist vielleicht auch, dass er – wie Sie gesagt haben – prinzipienlos, dass er nicht wirklich verankert ist. Er folgt meiner Meinung nach eher der Grundstimmung in der Bevölkerung, und die ist heute viel konservativer als 2017, und Macron ist auch in seinem politischen Handeln viel konservativer geworden, beispielsweise in den Sicherheitsgesetzen oder auch in der Symbolpolitik. Frankreich hat beispielsweise das europäische Blau in der französischen Flagge durch ein nationales Blau ersetzt vor einigen Monaten, und so spielt er ein bisschen damit, mit der Positionierung. Er steht also wirklich für nichts Konkretes, aber er steht genau da, wo ein Teil der Bevölkerung sich heute auch wähnt.

Heinemann: Wie blicken Sie als ein Vertreter einer paneuropäischen Partei auf Macrons Europapolitik?

Franck: Ich finde, es ist eher enttäuschend, weil wenn man die Scheinwerfer mal weglässt, dann ist es doch viel Symbolpolitik. Man hängt quasi die europäische Fahne an den Arc de Triomphe oder man macht die EU-Ratspräsidentschaft mitten im Wahlkampf. Ich hab' manchmal das Gefühl, es geht nicht darum, Europa voranzubringen, sondern es geht mehr um die Symbolik, und dabei hat Macron eigentlich eine Chance, wirkliche Zeichen zu setzen. Wir haben beispielsweise in unserem White

Paper zur EU-Ratspräsidentschaft vorgeschlagen, dass Frankreich seinen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat an die EU abgeben soll, um auf Augenhöhe mit Amerika, Russland und China zu stehen, und das wäre für uns ein wirkliches Symbol zu Europa. Und vielleicht noch ein zweiter Punkt: Ich finde, Macrons Europapolitik ist sehr personalisiert. Man hat oft das Gefühl, dass er selber Europa alleine nach vorne bringen will, und ich denke, das ist vielleicht eher unklug. Und es ist auch Volts Ansatz, stattdessen zu sagen, wir suchen einen Konsens über alle europäischen Länder hinweg und versuchen diesen Konsens dann auf nationaler Ebene zu verkaufen und voranzubringen und zu argumentieren, statt dass wir alleine sagen, ich weiß am besten, was Europa sein muss, und allen anderen Ländern meine Vision von Europa quasi aufdrängt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.